

**2023**

## **SAK e.V. im Rundfunkrat?**

Pressemitteilung: 09.12.2023

**In der Mitgliederversammlung der SAK e.V. vom 08.12.2023 wurde nach Antrag der Beschluss gefasst, dass die SAK unter Berufung auf § 6 des SR-Gesetzes vom 17.10.2023, den Antrag auf Entsendung in den neu zu konstituierenden **SR-Rundfunkrat** an den zuständigen Landtagsausschuss stellt.**

[Weiter ...](#)

## **Projekt: Armut in der Stadt und auf dem Land – Unterschiede / Gemeinsamkeiten –**

19.12.2023

### **Eine erste Zwischenbilanz**

Die Saarländische Armutskonferenz (SAK) e.V. hat sich zum Ziel gesetzt die Situation der in Armut lebenden oder von Armut betroffenen Menschen in der Stadt und auf dem Land zu eruieren und sich ein eigenes Bild zu machen.

[Weiter ...](#)

**PRESSEMITTEILUNG, 11.12.2023**

## **Saarländische Armutskonferenz (SAK) e.V. wählt neuen Vorstand**

Auf der Mitgliederversammlung der SAK im Johannes Foyer in Saarbrücken wurde ein neuer Vorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Michael Leinenbach gewählt, stellvertretender Vorsitzender Christoph Jacob, Finanzen Gaby Böhme (DBSH Saar), sowie als Beisitzer\*innen Michael Sperlich, Stephan Klein, Christine Steimer (KAB Saar) und Frank Couck.

Als kooptierte Mitglieder für den Vorstand wählten die Mitgliederversammlung Gert Körner (VIA), Martin Riotte (AKKS) – Vertretung Cornelia Armbrorst-Winterhagen (AKKS), Liliane Rosar-Icker (GEW) und Daniela Henn (HTW Saar – Fakultät Sozialwissenschaft).

Das neue Team freut sich darauf gemeinsam die anstehenden Herausforderungen – im Interesse der Menschen – zu meistern.



## Diskussion um Bürgergeld – ein Angriff auf die Menschenrechte und die Menschenwürde

*Presseerklärung,  
05.12.2023*

**\* Die Saarländische Armutskonferenz (SAK) sieht in der aktuellen Debatte um das Bürgergeld einen Angriff auf die Menschenrechte und Menschenwürde**

Nachdem das Bundesverfassungsgericht der Ampelregierung ihre Fehler in der Haushaltsführung per Beschluss aufzeigen musste, und die verfassungsgerechte Ordnung so wieder hergestellt wurde, sehen sich nun politische Kreise genötigt, die Schwächsten der Schwachen anzugreifen und mit dem Infragestellen des Bürgergelds eine erneute Debatte herbeizuführen, die das eigentliche Thema verdeckt.

Die Fehler einer politischen Umsetzung der Schuldenbremse, die Investitionen in eine wirtschaftlich und gesellschaftlich nachhaltige Entwicklung für zukünftige Generationen im Wege steht, soll aus der Debatte verschwinden.

*„Es ist beschämend, dass politische Kreise in der Diskussion eines politisch herbeigeführten Haushaltsdefizits nun wieder einen Angriff auf die Ärmsten der Armen vollziehen um so eigene politische Fehler der Vergangenheit und Gegenwart zu überspielen“,* so Michael Leinenbach, Vorsitzender der Saarländischen Armutskonferenz.

Bereits in vielfältigen Kommentaren, Berichten und Studien wurde festgestellt, dass die Leistungen des SGB II (Bürgergeldes) in der jetzigen Form ohnehin nicht zur Gestaltung des Lebensunterhaltes der Betroffenen ausreichen. Dann eine solche Debatte anzufechten, die zusätzlich noch zwischen verschiedenen Gruppen von Hilfebedürftigen unterscheiden soll, mag vermeintlich populistisch kurzfristige Erfolge im Bereich Umfragewerte bringen – letztlich werden durch solche Debatten jedoch vor allem gesellschaftliche Brüche und ein gesamtgesellschaftlicher Unfrieden entzündet.

Sinnvoller wäre es stattdessen, wenn Politik sich in ihren Kommentaren und Handlungen mit der Vermögenssteuer, den überbordenden Subventionen u.s.w. befassen würde. Politische Fehlentscheidungen der letzten Jahre zugunsten von reichen und extrem reichen Bürgern zu überdenken und zu korrigieren wäre weitaus zielführender, als die Ärmsten der Armen plump-populistisch in Misskredit aller derer, die (noch?) nicht dazu gehören, zu bringen.

Die Saarländische Armutskonferenz fordert die demokratisch politischen Parteien im Saarland ausdrücklich auf, darauf hinzuwirken, dass die unsägliche und ganz und gar unangebrachte derzeitige Debatte um das Bürgergeld sofort ausgesetzt und durch eine sachliche Debatte über die Vermögenssteuer sowie die Wirtschafts-Subventionen ersetzt wird. Gleichzeitig sollte die Bürokratisierung in allen Bereichen abgebaut und die dadurch frei werdenden Mittel den von Armut Betroffenen zur Verfügung gestellt werden.

# „Welttag zur Beseitigung der Armut“, der Saarländischen Armutskonferenz, am 17.10.23, in Saarbrücken.

Motto: Wohnen ist ein Menschenrecht !



Foto: Stephan Klein



Foto: Stephan Klein



Foto: Stephan Klein



Foto: Stephan Klein

Mit Forderungen u.a. zum verstärkten Sozialen Wohnungsbau, zur Beseitigung von Wohnungsleerständen, zur Unterstützung von Obdachlosen, zur Verhinderung von Energiesperren, zur vollständigen Übernahme der Wohnkosten durch die Jobcenter/Sozialämter, zur Anpassung des Wohngelds an die tatsächlichen Kosten, zu Mieterrechten und zur Förderung genossenschaftlichen Bauens

# Bürgergeld-Erhöhung: Warum sich Arbeit trotzdem lohnt



Stand: 19.10.2023 15:16 Uhr

Das Bürgergeld steigt zu Jahresbeginn. Kritiker meinen, dadurch lohne es sich nicht mehr, arbeiten zu gehen. Für das *ARD-Magazin Monitor* hat das WSI-Institut nachgerechnet. Ergebnis: Die Behauptung stimmt nicht.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/buergergeld-mindestlohn-100.html>

**"Weltarmutstag", 17.10.2023**

Zentrale Veranstaltung am  
Di, 17.10.2023, ab 16 Uhr,  
Nähe Europagalerie,  
Triererstr./ Reichsstraße,  
vor Bauzaun, in Saarbrücken

- Trommelgruppe (angefragt)
  - Rede mit zentralen Forderungen zu Wohnen
  - Rufen des Mottos:  
Wohnen ist ein Menschenrecht,  
im Chor
- Hochhalteschilder mit den zentralen Forderungen
- Flugblätter zum 17.10.23
- Viereckige "Litfassäule" mit Motto und Forderungen
- Transparente der SAK e.V.
- jede Menge gute Gespräche
  - Info-Pavillon der Wärmestube Saarbrücken

Vorbeikommen - informieren!

Kontakt - Mail: [sak@freenet.de](mailto:sak@freenet.de)  
Mobil: 0176-50212338

Saarländische  **Armutskonferenz**

# Wohnen



**ist ein  
Menschen-  
recht !**

*An und um den „Weltarmutstag“ 2023, 17.10.23 –*

# „Wohnen ist ein Menschenrecht“



Mobil: 0176-50212338, Mail: [sak@freenet.de](mailto:sak@freenet.de), Web: <http://sakev02.wordpress.com>

## Aktionen und Veranstaltungen am und um den Weltarmutstag 2023 „Wohnen ist ein Menschenrecht“

**Di, 17.10.2023, 16 h – 18 h max., Zentrale Veranstaltung der SAK e.V., am „Welttag zur Beseitigung der Armut“, im Bereich Europagalérie (Bauzaun), in Saarbrücken.**

- Trommlergruppe, kurze Rede (5 Min.), hochhalten von Forderungen (Hochhalteplakate DIN A3 für Besucher\*innen, 5 Stockschilder mit Forderungen, viereckige „Litfaßsäule“ (Häuschen) mit Motto und Forderungen), Rufen des Mottos: „Wohnen ist ein Menschenrecht“ (4 mal), SAK-Transparente (2), Verteilung von Flugblättern zur SAK e.V. und zum „Weltarmutstag“ (mit Forderungen zu Wohnen).  
Insgesamt drei Blöcke ab 15-20 Min., dazwischen Gespräche  
> Stand der Wärmestube Saarbrücken (Pavillon und Info-Theke)

**Do, 12.10.2023, 9:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Veranstaltungszentrum saarKOMed, Wallerfanger Str. 84, 66740 Saarlouis**

Veranstaltung des Vereins für Prävention und Gesundheit, der Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit, teamw( )rk für Gesundheit und Arbeit sowie in Kooperation mit der Arbeitskammer des Saarlandes.

- „Einsamkeit. Armut. Gesundheit.“ U.a. Vorträge mit Jun. Prof. Dr. Susanne Bücker, Prof. Dr. Tania Michael und Dr. Jutta Schmitz-Kießler

**Do, 19.10.2023, 15:30 h – 16:30 h, Veranstaltung der htw: „Armut und Soziale Arbeit in Saarbrücken“, Campus Alt-Saarbrücken, Raum 11.02.10, Forum, Malstatter Str. 17, Alt-Saarbrücken**

- Podiumsdiskussion u.a. auch zum Thema „Wohnen ist ein Menschenrecht“. Kurzes Grußwort der Dekanin und Einführung ins Thema durch Prof. Dr. Christian Schröder

**So, 22.10.2023, 10 h, Eröffnung der Fotoausstellung: Unsere Stadt – Straßenblick, Neunkirchen, Christuskirche, Unterer Markt (mit Gottesdienst)**

- Projekt der Wohnungslosenhilfe der Diakonie in Kooperation mit der Caritas, dem Quartierstreff Neunkirchen und dem Reparatur-Café. Sieben Klient\*innen der Wohnungslosenhilfe / des Quartierstreffs wurden mit Handy-Kameras ausgestattet und zeigen auf 27 ausgestellten Bildern ihren Blick auf Neunkirchen. Die Ausstellung wird gezeigt bis zum 21. November 2023

**Mo, 20.11.2023, 18 h, Veranstaltung zu Armut -mit Vortrag- von Prof. Dr. Christoph Butterwege, Großer Saal der Arbeitskammer, Saarbrücken**

Kooperationsveranstaltung der Arbeitskammer des Saarlandes, der Saarländischen Armutskonferenz und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

- INFEKTION, INVASION, INFLATION

**Mi, 23.11. und Do, 24.11.2023, Netzwerktreffen mit Fachtag „Gesellschaftliche Herausforderungen in und nach Krisen“, Vereinigung der Profession Soziale Arbeit e.V. (VPSA).**

- Am 23.11., 13 h – 18 h, Markt der Möglichkeiten - als Ort der Begegnung - in der htw. Am 24.11.: Kennenlernen der sozialen Berufe, dezentral in Einrichtungen und Organisationen. Telefon + 49 6831 704120

## **Besuch bei der Sozialberatung der Caritas St.Wendel**



Im Landkreis St.Wendel gibt es bezahlbaren Wohnraum aber es gibt selten kleinere Wohnungen. Oft werden ganze Häuser vermietet. Mögliche Wohngemeinschaften sind problematisch, wenn Männer und Frauen zusammen wohnen (sollen). Stichwort: Bedarfsgemeinschaft.

Die Notunterkünfte sind voll. Die Situation für Frauen ist besonders schwierig.

Die Situation im ÖPNV ist schwierig. Es gibt einen Rufbus für das Ostertal der auch am Abend und Samstags fährt aber nicht am Sonntag. Die Verbindung zwischen den Dörfern ist nur schwach ausgebaut. Den Bürgerbus gibt es nicht flächendeckend. Generell sind die Verbindungen am Wochenende und insbesondere am Sonntag schwierig. Das Fair-Ticket ab 29 € ist kaum bekannt.

Die Internet Erfindungen sind oft schlecht, selbst in St.Wendel. Oft gibt es in den Dörfern nicht einmal vernünftigen Handyempfang. Senioren sind dadurch besonders benachteiligt. Den Leuten fehlt das Geld für die Hardware. Hardwareförderprogramme gibt es nicht um etwa bei der Caritas Internetstationen einzurichten.

Auf den Dörfern gibt es praktisch keine Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs mehr. Nur in den zentralen Gemeinden gibt es Läden. Es gibt einen Dorfladen/Café in Hof. Versorgungsautomaten wären gut – das scheitert oft an den Kosten dafür. Es gibt fahrende Bäckerläden. Nur in den den größeren Orten gibt es Ärzte.

Es gibt geförderte Dorfgemeinschaftshäuser aber nicht durchgehend geöffnet. Die klassischen Dorfkneipen gibt es fast nicht mehr. Für Jugendliche gibt es in den Dörfern gar nicht. Viele Leute kommen nicht zur Tafel, zu teuer (Fahrgeld), lohnt nicht.

Grundschulen gibt es in den größeren Orten, auch Schulbusse. Bei der Nachmittagsbetreuung wird schwierig. Da gibt es oft keinen Bus. Die Zahl der Kinderbetreuungsplätze reicht nicht aus! Die Kindertagespflege ist mit Hürden verbunden.

Allgemeine Sozialberatung gibt es nur in St.Wendel und nur bei der Caritas, mit genau 2 Stellen. Das Jobcenter verweist bei Beratungen gerne auf die Caritas. Die Personalkapazitäten reichen definitiv nicht aus. Es gibt auch aufsuchende Arbeit der Caritas.

Wichtig wäre es im Landkreis die Vereine (stärker) zu fördern. Einrichtungen für Kinder sollten kostenlos sein (Vereinsbeiträge). Materialien oder auch Instrumente sollten ebenfalls kostenlos zur Verfügung stehen.

## **Besuch Mehrgenerationenhaus, SOS-Merzig**

Wohnraum für Einzelpersonen ist kaum bezahlbar. Es gibt Wohnen die aber nicht erschlossen sind oder es wird nicht vermietet. Ein Problem sind Erbgemeinschaften. Die Nähe von Luxemburg und der Druck von dort auf den Wohnungsmarkt im Kreis wirkt sich bis nach Losheim aus.

Der Bus und Bahnverkehr im Merzig ist gut. Im Umfeld ist die Anbindung deutlich schlechter. Da fahren auch schon mal nur 4 Busse am Tag. Gut ist es, wenn man an einer der R-Buslinien wohnt.

Das Internet im Kreis funktioniert ausreichend.

In Merzig ist die Versorgung mit Läden gesichert. Das ist in den Dörfern völlig anders. In Brotdorf gibt es immer noch einen Bäcker, ein REDE, eine Apotheke und 2 Allgemeinärzte. Es gibt eine Bus für Senioren der die Leute zu den größeren Laden fährt.



Treffpunkte gibt es in Merzig reichlich. Auch in den Dörfern drumherum gibt es meistens noch ein Lokal oder ein Dorfgemeinschaftshaus (nicht ständig geöffnet).

In Merzig gibt es ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen. Grundschule und Kita sind in den Gemeinden meist vorhanden.

Sozialberatung gibt es in der Schalthaussiedlung, für die Schalthaussiedlung. Ansonsten gäbe es keine Sozialberatung im Kreis.

Es braucht im Kreis eine Interessenvertretung für Menschen in der Sozialhilfe und im ALG II. Auch in den Gemeinden müsste es ein Angebot an Sozialberatung geben.

## **Besuch bei der Sozialberatung Caritas Saarlouis – Oase**

In Saarlouis und Umgebung ist die Wohnungssituation sehr angespannt. Die Wohnungssuche von Leistungsbeziehenden gestaltet sich schwierig, wegen der zu geringen Richtwerte der Jobcenter/Sozialämter. Die Chancen in der Kreisstadt eine Wohnung zu finden ist minimal.

Nalbach, Überherrn und Rehlingen-Siersburg funktionieren von den Mietpreisen noch. Die Akzeptanz der Orte ist, insbesondere bei Jüngeren, eher gering.

In Saarlouis ist der ÖPNV gut ausgebaut. Auch in Schwalbach, Ensdorf und Bous. Viele Klienten nutzen das Fair-Ticket, viele wissen aber auch gar nichts davon.

Gutes Internet gibt es in Saarlouis, mit einem W-Lan Punkt.. Für die Klienten ist die Situation schwierig, da Sie entweder ältere Smartphones haben oder nur ein Prepaid-Handy.

Die Versorgung mit Läden ist in Saarlouis sehr gut. Deshalb wollen die Klienten auch in Saarlouis bleiben. In Schwalbach und Ensdorf ist die Grundversorgung gesichert. Je kleiner der Ort ist, desto schlechter ist die Versorgung. Ärzte sind in Saarlouis vorhanden.

In Saarlouis gibt es sehr viele Lokale. Die Wohnungslosen sitzen am Bahnhof. Ein Cafe-Besuch ist nicht möglich wegen der Kosten.

Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sind in Saarlouis vorhanden, ebenfalls Nachmittagsbetreuung. Es gibt aber nicht in jeder Gemeinde eine Grundschule.





Sozialberatung gibt es in Saarlouis von Caritas und Diakonischem Werk. Beratungsbedarf Caritas gibt es auch in Dillingen und Lebach.

Bei Behörden müssen grundsätzlich Online-Termine vereinbart werden. So werden die Zugänge erschwert. Eine Zeit lang konnten für das Schwimmbad in Saarlouis nur Online-Tickets gekauft werden. Es gibt einen Familienpass in Saarlouis.

Es wird in unbedingt mehr Personal in der Sozialberatung gebraucht!

Als sehr gut ist das Startbahn-Projekt zu bewerten. Die Beratungsqualität in den Ämtern ist sehr von den jeweiligen Beamten/Mitarbeitern abhängig.

Saarbrücker Zeitung

DIENSTAG, 26. SEPTEMBER 2023

Saarland-Wirtschaft/-Nachrichten B3

## Seit 30 Jahren Stimme der Armen im Saarland

Seit 30 Jahren tritt die Saarländische Armutskonferenz (SAK) für die Interessen armer Menschen im Saarland ein. Ende letzter Woche hat die SAK auf die Arbeit der vergangenen Jahrzehnte zurückgeblickt.

VON FLORIAN RECH

**SAARBRÜCKEN** Es ist eine Sisypusarbeit, der sich die Frauen und Männer der Saarländischen Armutskonferenz (SAK) verschrieben haben. Seit 30 Jahren gibt die SAK armen Menschen im Saarland eine Stimme, konfrontiert Politik und Gesellschaft mit den Auswirkungen der Armut und setzt sich für die Rechte und Interessen finanziell benachteiligter Menschen ein. Ende letzter Woche nahm der Verein das zum Anlass für

eine kleine Feier und blickte auf die jahrzehntelange Arbeit zurück.

Eine Sisypusarbeit war es auch deshalb, weil die Armut im kleinsten deutschen Flächen-Bundesland nicht kleiner geworden ist. Und weil sich am Umgang der Gesellschaft mit von Armut Betroffenen in den vergangenen 30 Jahren wenig geändert hat. Ein Beispiel: 1993 veröffentlichte die SAK, damals noch als Forum und nicht als Verein, ihre allererste Broschüre und stellte Vorurteile gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in den Mittelpunkt. Aussagen wie: „Wer Arbeit will, der findet auch welche“ oder „Die Sozialhilfe ist höher als die Einkommen von Niedrigverdienern“ sind nach Einschätzung der SAK heute noch genau so oft zu hören wie damals.

„Wir haben damals alle in sozialen Berufen gearbeitet und kannten die Probleme der Menschen, die von Armut betroffen sind. Für diese Menschen wollten wir ein Sprachrohr

sein und etwas erreichen“, erzählt Lydia Fried, Gründungsmitglied der SAK und langjährige Sozialarbeiterin in der Gemeinwesenarbeit der Caritas. „Es war uns dabei immer wichtig, dass wir genau differenzieren. Nicht, was wir denken über Armut oder Menschen, die arm sind, ist wichtig. Besser ist es, wenn die Betroffenen selber über ihr Leben und das Fröhliche sprechen“, ergänzt Wolfgang Edlinger, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der SAK. Durch das Einbeziehen von Armut betroffenen Menschen in die Lobby Arbeit der SAK erhalte diese eine besonders hohe Glaubwürdigkeit.

In 30 Jahren habe die Saarländische Armutskonferenz die Armut im Saarland nicht abschaffen können. Aber sie habe es geschafft, Politik und Gesellschaft immer wieder mit den schlimmsten Auswirkungen der Armut zu konfrontieren und so zum Handeln zu bewegen. Der SAK sei es zu verdanken, dass die Landesregierung jedes Jahr über die Entwicklung des Wohlstandes und eben der Armut berichten muss. Dank der SAK gebe es einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut, vergünstigte Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr sowie eine Meldestelle gegen Stromsperrern. Die SAK wurde laut, als man in Saarbrücker Rathaus darüber nachdachte, das Betteln zu verbieten, genau wie bei der Debatte über die Menschen rund um die Saarbrücker Johanniskirche, die in Verwaltung und Medien gerne als „Randständige“ bezeichnet werden.

Stolz ist die SAK aber auch auf das zweijährige Foto Projekt „Auf Augenhöhe – Gesichter der Armut. Hierfür wurden 14 von Armut betroffene Menschen porträtiert. Menschen, die selten nach ihrer Meinung oder



Ein hilfsbedürftiger Mann bittet Passanten auf einer Geschäftsstraße um Spenden. Für die Interessen dieser Menschen tritt die Saarländische Armutskonferenz seit Jahrzehnten ein.

SYMBOLFOTO: ANDRES BENEDICTO/DPA



Der aktuelle Vorsitzende der Armutskonferenz, Michael Leinenbach, Gründungsmitglied Lydia Fried und der ehemalige Vorsitzende Wolfgang Edlinger (von links) während der Veranstaltung zum 30-jährigen Bestehen. FOTO: RECH/SARBRÜCKEN

ihrem Leben gefragt werden, stehen im Mittelpunkt des Projekts und kommen selbst zu Wort. Auch das sei eine wichtige Aufgabe der SAK: Menschen die Würde und Anerkennung zukommen zu lassen, die jeder Mensch verdient, unabhängig davon, welchen Stellenwert die Person in der wirtschaftlichen Wertschöpfungskette einnimmt.

Und die Arbeit der SAK ist noch nicht zu Ende, wie der heutige Vor-

sitzende Michael Leinenbach deutlich macht. „Aktuell weht aus der Bundesebene ein kalter und stürmischer Wind ins Land, der Errungenschaften der Sozialpolitik ins Wanken bringt und damit eine soziale Wende einleitet“, sagt Leinenbach und nennt als Beispiele Geldkürzungen in der Jugendberufshilfe, der Migrationsberatung und des Bundesfreiwilligendienstes. „Die Kindergrundsicherung, die einen Meilenstein in

der Förderung und Versorgung der Kinder hätte werden können, ist zu einem Zwerg mutiert“, kritisiert der SAK-Vorsitzende.

„Als Saarländische Armutskonferenz müssen wir feststellen, dass aktuelle politische Entscheidungen gerade auch die Lebenssituation von Menschen, die in Armut leben oder die von Armut bedroht sind, zukünftig noch verschärfen werden“, sagt Leinenbach.

Zur Vergrößerung mit rechter Maustaste anklicken und „Bild in neuem Tab öffnen“ + !

Saarländische  Armutskonferenz

30 Jahre Saarländische Armutskonferenz (SAK) als Forum – Zeit zurück zu blicken

Die Würde des Menschen, Respekt und Akzeptanz standen im Mittelpunkt der Feierlichkeit zum 30 jährigen Jubiläum der SAK als Forum



**Fr, 22.09.202, ab 17 Uhr**

Diskutanten\*innen:

- Jürgen Nieser (Landesgeschäftsführer der AWO Saarland und Gründungsmitglied der SAK)
- Lydia Fried (Gründungsmitglied der SAK und früher in der GWA beschäftigt)
- Egbert Ulrich (Erster Vorsitzender des Vereins SAK e.V.)
- Wolfgang Edlinger (Mitgründer der SAK und langjähriger Vorsitzender)

---

Moderation:

- Michael Leinenbach (Vorsitzender der SAK)
- 

Veranstaltungsort:

Hohenzollernstraße 45, 66117 Saarbrücken  
(Haus der Arbeiterwohlfahrt)

Um schriftliche Anmeldung wird  
bis zum 10.09.2023 gebeten.

**E-Mail: [sak@freenet.de](mailto:sak@freenet.de)**

**[Komplette Einladung als PDF](#)**



## **SAK vor Ort: Meinungs austausch mit dem Saarländischen Flüchtlingsrat (SFR) zum Thema Wohnungs leerstand**

**Teilnehmer: Tobias Schuck, Andreas Ries (SFR), Michael Leinenbach, Frank Couck und Manfred Klasen (SAK)**

Andreas Ries vom SFR berichtete, dass nach ihrem Kenntnisstand aktuell ca. 23.000 Wohnungen leer stehen würden, was einem Prozentsatz von 4,4 entsprechen würde. Damit liege der Wohnungs leerstand im Saarland deutlich höher als im Bundesgebiet.

Frank Couck (SAK) könnte dies so bestätigen. Aktuell gebe es kein Leerstandskataster für das Saarland, so Manfred Klasen (SAK). Damit sei aber nicht gesagt, dass die Wohnungen auch ohne Weiteres vermietbar seien. Das gelte für den Zustand aber auch für den Willen der Besitzer\*innen die Wohnungen vermieten zu wollen.

Die LHS-Saarbrücken sagt, dass wegen der Haushaltsnotlage und der damit verbundenen Auflagen der Bau neuer Sozialwohnungen nicht möglich sei. Ein Problem sei aus das Herausfallen von Sozialwohnungen aus der Bindung.

Michael Leinenbach hat betont, dass die SAK die Probleme des sozialen Wohnungsbaus in die politische Diskussion einbringen wird.

Andras Ries betonte, dass der SFR anstrebt, dass alle Geflüchteten in normale Wohnungen einziehen können, statt im Lager Lebach bzw. im Containerlager Ens Dorf ausharren zu müssen.

Beachtet werden müsse auch, so Michael Leinenbach, dass die Geflüchteten oft in Saarbrücken leben wollten, da hier in der Regel schon Landsleute leben.

Das Containerlager Ens Dorf, so Andreas Ries (SFR) sei ursprünglich für 300 Personen ausgelegt worden, was nach Protesten auf 150 reduziert wurde. Derzeit seien 73 Personen dort untergebracht.

Was die Erschließung von leerstehendem Wohnraum angeht gäbe es (nur) begrenzt Erfolge. Der Regionalverband Saarbrücken konnte mit seiner Wohnraumakquise knapp 100 Wohnungen für Sozialleistungsbeziehende erschließen.

„Alle Akteure im Bereich Wohnen müssen an einen Tisch“, so Frank Couck (SAK). Das sei bisher so nicht der Fall. Wenn nötig, müsse das Land Sozialen Wohnungsbau direkt subventionieren, so Michael Leinenbach (SAK). Wohnungsleerstand müsse auch Thema beim Land werden, so Manfred Klasen (SAK). Erste Ansätze, ein erstes Projekt gäbe es dazu, so Frank Couck.

**Zum Schluss wurde nochmal festgehalten, dass zwei Wege beim Thema Wohnen entscheidet sind:**

- 1. Der Bau von Sozialwohnungen (nicht „bezahlbare“ Wohnungen) im benötigten Umfang!**
- 2. Die Erschließung von leerstehendem Wohnraum, mit Ansprache der Vermieter\*innen und direkten Hilfen!**

## **Beitrag zu Kinderarmut**

u.a. mit dem SAK-Vorsitzenden Michael Leinenbach (SR, Aktueller Bericht, Min. 04:50)



<https://www.sr-mediathek.de/index.php?seite=7&id=129279&startvid=2>

## **SAK-Input zum Thema „Arbeitslose sind keine Bittsteller\*innen“, beim politischen Frühstück der Rosa-Luxemburg-Stiftung Saar**

**Auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland hatte Michael Leinenbach, Vorsitzender der Saarländischen Armutskonferenz, einen Input zum Thema „Arbeitslose sind keine Bittsteller\*innen“ geliefert**

Beim politischen Frühstück ging es u.a. darum, dass Armutsbetroffene verbrieft Rechte haben und nicht auf die Dienste von Ehrenamtlichen verwiesen werden können. Großes Thema war die Bürokratie, bzw. der Bürokratismus der betroffene Leistungsbeziehende massiv belastet und unnötig Geld bindet, dass besser direkt für Leistungen, wie z.B. für gesundes Frühstück verausgabt werden sollte.

Bestes Beispiel für völlig überzogene Bürokratie sei das sogenannte „Bildungs- und Teilhabepaket“ für Kinder. Nur 20% der Leistungsberechtigten nutzen die Leistung u.a. wegen der hohen Hürden und der vergleichsweise geringen Leistungen. Michael Leinenbach ging auch auf die UN-Behindertenrechtskonvention ein, die nicht nur für Behinderte wichtig sei, sondern generell den Aufbau von Hürden verbiete. Arbeitsbetroffene hätten Rechte und seien keine Bittsteller\*innen.

Die Teilnehmer\*innen des Frühstücks beteiligten sich rege mit Fragen und Meinungen u.a. auch zu den Themen, Hartz V (Bürgergeld), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kindergrundsicherung, ÖPNV-Preise, Studierende und Sozialberatung.

Twitter: [https://twitter.com/sak\\_ev/status/166800280553016835?s=2](https://twitter.com/sak_ev/status/166800280553016835?s=2)



Saarländische  Armutskonferenz

## **SAK-Projekt „Armut auf dem Land ...“ – ein Zwischenbericht**

- [Armut auf dem Land ... \(PDF\)](#)

**SR3**  
SAARLANDWELLE

### **Sollte Schwarzfahren im Saarland entkriminalisiert werden?**

SR 3-Beitrag mit Michael Leinenbach und Christoph Jacob, Saarländische Armutskonferenz, 05.06.2023

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/saarland/sr-sollte-schwarzfahren-im-saarland-entkriminalisiert-werden-100.html>

**SR**

### **Beitrag zu Kinderarmut**

im SR, u.a. mit Stefan Behr, Kinderschutzbund Saarland und Michael Leinenbach, Saarländische Armutskonferenz e.V., 09.06.2023

[https://www.sr.de/sr/mediathek/audio/SR3\\_SR3\\_GM\\_8402.html](https://www.sr.de/sr/mediathek/audio/SR3_SR3_GM_8402.html)

## **Gespräch der SAK mit Vertreter\*innen der SPD-Landtagsfraktion, 05.06.23**

Im Zuge der Gespräche der SAK mit Landtagsfraktionen hatten wir auch mit Vertreter\*innen der SPD-Landtagsfraktion gesprochen. Themen waren unter anderem der Aktionsplans gegen Armut, das Thema Armut und Gesundheit, regionale Gesundheitszentren und Menschen ohne Krankenversicherung, Versorgung



## **von Senioren, Sozialer Wohnungsbau, der dritte oder soziale Arbeitsmarkt, die Qualität der Jobcenter und das SAK-Projekt: Armut auf dem Land ...**

Michael Leinenbach (SAK-Vorsitzender) erläuterte die Entwicklung der SAK vom Forum über den Vorstandsverein, die Einbeziehung von Armutsbetroffenen bis heute, der Phase in der all die Entwicklungsschritte miteinander verbunden werden. Das Land müsse in seinen Kompetenzbereichen seine Aufgaben erledigen, das reiche vom Aktionsplan gegen Armut, vom Sozialen Wohnungsbau bis zur ÖPNV-Anbindung auf dem Land, so SAK-Geschäftsführer Manfred Klasen. Der Ausbau des ÖPNV sei für das SAK-Projekt „Armut auf dem Land ...“ von erheblicher Bedeutung.

Man sei im Gespräch mit dem Innenminister, wegen einer Veranstaltung zum Thema (Sozialer) Wohnungsbau, so Frank Couck, kooptiertes Mitglied im SAK-Vorstand.

Einfluss nehmen müsse das Land auch auf das Thema „Sozialer Arbeitsmarkt“ und in Berlin für ein Modellprojekt Saarland werben. Das Bürgergeld sei völlig unzureichend, so SAK-Schatzmeister, Christoph Jacob und die letzte Erhöhung habe noch nicht einmal der Hälfte der Inflation ausgeglichen. Grundsätzlich sei die Qualität der Jobcenter zu überprüfen, weshalb im Zweifel Arbeitslose zu zweit vorsprechen sollten. Probleme beim Jobcenter gäbe es mit Geflüchteten, da in Lebach nicht alle Angelegenheiten erledigt würden.

Ein Thema war die gesundheitliche Versorgung von

Arbeitslosen ohne Krankenversicherung. Das Angebot in Saarbrücken müsse ausgeweitet werden. Einig sei man sich mit der SPD-Fraktion gewesen, dass neben Saarbrücken auch Standorte wie Neunkirchen, Völklingen, und Saarlouis nötig seien. Grundsätzlich, so Michael Leinenbach, müsse jederzeit und an allen Orten die Gesundheitsversorgung gesichert sein/werden.

Die SAK hatte darauf hingewiesen, dass die SPD-Fraktion jetzt, im Sinne des Gesprächs, tätig werden müsse. Nach den Sommerferien so SPD und SAK wolle man sich, zum Thema: „Aktionsplan gegen Armut“, erneut zusammen setzen.

# SAARBRÜCKER ZEITUNG IM REGIONALVERBAND

## HEUSWEILER

Henrike Krauß tritt als Trauerrednerin auf. Seite C3

## SULZBACH

Sebastian Pink organisiert eigenes Filmfestival. Seite C4

MIT FRIEDRICHSTHAL, GROSSROSELN, HEUSWEILER, KLEINBLITTERSDORF, PÜTTLINGEN, QUIERSCHIED, RIEGELSBERG, SAARBRÜCKEN, SULZBACH, VÖLKLINGEN

## Wie das „Guddzje“ Wohnungslosen Kraft gibt

In Saarbrücken wird auf der Straße zwei- bis dreimal im Jahr eine besondere Zeitung verkauft. Das „Guddzje“ bringt Wohnungslosen zusätzliche Mittel. Wir haben hinter die Kulissen geschaut.

VON FRANK BREDEL UND JESSE HEISE

**SAARBRÜCKEN** Ein Guddzje ist im Saarland ein Bonbon, etwas Süßes, eine Beigabe, Naschwerk für die gute Laune, Belohnung für Kinder, Dickmacher für Erwachsene. Oder der Titel einer Straßenverkaufszeitung, gemacht von Obdachlosen und Menschen in Armut. 70 Cent kostet das Heft, die Verkäufer bieten es für 1,80 Euro an und bekommen meist zwei Euro auf die Hand. Den Gewinn können die Wohnungslosen behalten – das ist das Konzept eines lange bewährten sozialen Projekts, das Menschen eine Arbeit und Selbstwertgefühl vermittelt. Wir haben uns mit den Machern getroffen. Die Zeitung wird von Wohnungs-

Cent an Ausgabestellen erwerben und diese dann an selbst gewählten Orten, wie der Bahnhofstraße oder vor Supermärkten, für 1,80 Euro weiterverkaufen. Die Differenz von 1,10 Euro je Ausgabe geht an die Verkäufer.

Der Verein erhält keine staatliche Unterstützung, finanziert sich bis auf Sponsorenbeiträge selbst und läuft auf ehrenamtlicher Basis. Chris M., welcher selbst vier Jahre lang auf der Straße lebte, ist einer der Verkäufer. Er erhält bei seiner Arbeit verschiedene Resonanzen: „Die Leute reagieren ganz unterschiedlich auf den Verkauf. Manchmal habe ich leider mit Vorurteilen und Kommentaren wie „geh schaffen“ zu kämpfen. Das ist unangenehm. Ich weiß jedoch, dass ich eine gute Sache mache und kann daher bei solchen Kommentaren darüberstehen. Außerdem werden die vereinzelt negativen Rückmeldungen von den Stammkunden wieder wettgemacht. Diese kommen immer wieder gerne.“

Die Zeitung ist redaktionell gestaltet. Sie beschäftigt sich mit sozialkritischen Themen, dient als Sprachrohr für Menschen in prekären Lebenslagen und versucht, die Bevölkerung über deren Situation zu informieren. „Uns liegt es auch am Herzen, den Leuten zu zeigen, wo sie hingehen können, wenn sie Hilfe brauchen. Die Leser können, wenn sie



Mitarbeiter der Straßenzeitung „Guddzje“ in Saarbrücken. Andrea Dumont, 2. Vorsitzende des Vereins „Guddzje“, und Chris M., Verkäufer der Zeitung. M. hat inzwischen eine Wohnung gefunden und lebt nicht mehr auf der Straße.

FOTO: BECKERBREDEL



losen und an finanzieller Not Leidenden verkauft. Der Verkäufer Chris M. und die 2. Vorsitzende des Vereins „Guddzje“, Andrea Dumont, erklären ihr Projekt: „Es geht darum, den Verkäufern eine Struktur in den Tag zu bringen und ihnen ein kleines Zubrot zu gewährleisten. Zudem ist es würdevoller, eine Zeitung zu verkaufen, als zu betteln oder Pfandflaschen sammeln zu müssen. Mit dem „Guddzje“ ist man vor Ort und kann in den Kontakt mit Leuten kommen, die einem weiterhelfen. Somit kann der Verkauf der Zeitung für viele ein Türöffner zu einem geregelter Leben sein“, sagt Dumont. Die Verkäufer können die Zeitung für 70

ander geklärt. Außerdem bekommt jeder Verkäufer einen eigenen Ausweis und eine blaue Weste, um sich

**„Es geht darum, den Verkäufern eine Struktur in den Tag zu bringen und ihnen ein kleines Zubrot zu gewährleisten.“**

Andrea Dumont  
2. Vorsitzende des Vereins „Guddzje“

zu legitimieren und auszuweisen.“ Das Heft komme gut an bei den Leuten. Es erscheine zwei- bis drei-

mal im Jahr und sei bei einer Auflage von 4000 Exemplaren, im Winter sogar bis zu 8000, immer so gut wie ausverkauft. Ein Abo oder ein Onlinemagazin gebe es nicht. Das wäre zu viel Aufwand für den kleinen Trägerverein. „Das würde auch dem Sinn der Zeitung widersprechen. Uns geht es darum, den Verkäufern ein Einkommen und eine Struktur zu geben, welche wiederum den Selbstwert der Personen stärkt“, so Dumont. Die Organisation arbeite eng mit anderen Institutionen zusammen und sei ein wichtiger Baustein, um Menschen aus prekären Lebenslagen herauszuhelfen. „Wir sind eng vernetzt mit den Wärme-

stuben und anderen Organisationen im Saarland. Da jede Person individuelle Hilfe braucht und Probleme in unterschiedlichen Lebensbereichen hat, braucht es ein breit aufgestelltes Hilfsangebot. Die Verzahnung der einzelnen Institutionen untereinander ist das wichtige. Wir sind ein kleiner, aber wichtiger Teil davon“, so Dumont.

Die Ehrenamtlerin weiß, dass auch die Altersarmut ein brennendes Thema ist: „Ich sehe immer wieder ältere Frauen, die Müllimer durchwühlen. Die Altersarmut hat zugenommen. Auch diese Menschen wollen wir auffangen“, sagt Dumont. Chris M. bietet die Zei-

tung nicht nur auf der Straße an, er schreibt selbst Artikel für das Blatt. In seinen Beiträgen geht es um die Wärmestuben, die Tafeln, die Tiere von verarmten Menschen und ihre Versorgung oder wie er selbst damals in die Obdachlosigkeit gekommen ist. Die Beiträge sind teils sehr persönlich geschrieben. Chris M. bestätigt, dass auch er etwas von der Journalistenarbeit hat: „Mir hat die Arbeit bei Guddzje neuen Lebensmut gegeben“. Auch lebe er nicht mehr auf der Straße.

Produktion dieser Seite:  
Michael Emmerich  
Annikathrin Allgöwer

Unser kooperiertes Vorstandmitglied Chris Montag – beim Verkauf der Straßenzeitung „Guddzje“

## „Tafeln sind kein Ersatz für unser Sozialsystem“

○ **Armutskonferenz fordert umfangliche Sozialleistungen**

„Die Meldung, dass die Saarbrücker Tafel einen Aufnahmestopp bis Jahresende verhängen muss, hat uns in keiner Weise überrascht“, so der Vorsitzende der Saarländischen Armutskonferenz (SAK), Michael Leinenbach.

Notwendig sein ein auskömmliches Sozialsystem, das Armut aktiv bekämpft.

Tafeln und ähnliche Einrichtungen seien grundsätzlich nicht in der Lage schwere Mängel bei den nicht armutsfesten Sozialleistungen zu beheben. Das werde insbesondere dann deutlich, wenn sehr viele Menschen aufgrund der Preiskrise

auf ergänzende Leistungen angewiesen seien und auf ein begrenztes Angebot bei den Tafeln treffen. Die Tafeln seien mit der Situation nicht nur überfordert, es sei auch nicht ihre Aufgabe die Schwächen des Sozialstaats zu kompensieren.

Notwendig, so die SAK, seinen armutsfeste, diskriminierungsfreie und unkompliziert organisierte Sozialleistungen, die geeignet seien die Teilhabe an der Gesellschaft zu garantieren. Davon seien Armutsbetroffene derzeit meilenweit entfernt! Die Regelsätze – etwa im Bereich des Bürgergelds – seien nicht einmal geeignet die Preissteigerung aufzufangen. Das alleine, so die SAK, ist ein unhaltbarer Zustand.

Die Bundesregierung sei weiterhin aufgefordert die fortschreitende Verarmung von Leistungsbeziehenden zu verhindern. Perspektivisch müsse die Lücke zwischen der Höhe der Sozialleistungen und der Armutsgrenze geschlossen werden.

**Sonntag, 11.Juni , 11 Uhr, Salon Rosa (Futterstraße 17-19, 66111 Saarbrücken)**

**Im Rahmen unserer Reihe:**

**Politisch Frühstücken. Oder auch: Über Politik reden lernen.**

## **ARMUTSBETROFFENE SIND KEINE BITTSTELLER\*INNEN! SOZIALE TEILHABE DURCH BÜROKRATIEABBAU?**

**Mit Michael Leinenbach,  
Vorsitzender der Saarländischen Armutskonferenz**

Foto: Klaus Uwe Gerhardt / pixelio.de

### **Armutsbetroffene sind keine Bittsteller\*innen...**

#### **Der Abbau von Bürokratie bedeutet soziale Teilhabe zu ermöglichen**

2022 leben um Saarland 19 % aller Kinder in Grundsicherung - verglichen mit knapp 14 Prozent im bundesweiten Durchschnitt. Hinzu kommt, dass von den jüngsten Preissteigerungen vor allem die Ärmsten der Gesellschaft betroffen sind.

Armut bedeutet auch gesellschaftliche Ausgrenzung. Eine Gesellschaft sollte sich daran messen lassen, wie sie soziale Teilhabe für alle ermöglicht und umsetzt, zumal diese entsprechend der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen in Deutschland den Verfassungsrang eingenommen hat.

Notwendig dafür ist ein konsequenter Bürokratieabbau und eine Abkehr von der Misstrauenskultur hin zur Vertrauenskultur.

Darüber sprechen wir, bei einem gemütlichen Frühstück, mit Michael Leinenbach,  
Dipl. Sozialarbeiter / Sozialpädagoge und Vorstandsvorsitzender der Saarländischen Armutskonferenz.

Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich unter:

**gesine.kleen@rosalux.org**

Kinderbetreuung kann bei Bedarf organisiert werden.

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**  
REGIONALBÜRO SAARBRÜCKEN

**PETER IMANDT GESELLSCHAFT E.V.**  
FUTTERSTRASSE 17-19 - 66111 SAARBRÜCKEN - [www.saar.rosalux.de](http://www.saar.rosalux.de)





## Armutskonferenz besucht „Wärmestubb Neunkirchen“

### ○ Wohnungsnot entscheidendes Thema!

In der Reihe „SAK vor Ort“ besuchte die Armutskonferenz die Wärmestubb Neunkirchen im Haus der Diakonie. Die Wärmestubb bietet zumeist Armutsbetroffenen, ein offenes Ohr, Kaffee und Brötchen, duschen und Wäsche waschen und wenn gewünscht auch Sozialberatung.

Zu Anfang erläuterten Michael Leinenbach, Vorsitzender der SAK und Manfred Klasen, Geschäftsführer das Projekt „Armut auf dem Land“, das letztlich auch das Ziel habe, Bedingungen zu benennen die es auch Armutsbetroffenen ermöglichen auf dem Land, in dort vorhandenem Wohnraum zu leben. Derzeit sei das meist nicht der Fall, da die Betroffenen in der Regel ohne Auto seien und die ÖPNV-Verbindungen unzureichend seien. Auch sonst fehle es auf dem Land an Infrastruktur.

Das war auch das Stichwort für Tobias Mierzwiak, DW, der auf die schwierige Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum in Neunkirchen einging. Zwar gäbe es Wohnraum, der sei aber teilweise in sehr schlechtem, nicht zumutbarem Zustand. Deshalb sei man auch dabei im Umkreis von Neunkirchen nach Wohnungen zu suchen. Hilfreich sei es mit ÖPNV-Unternehmen in Kontakt zu treten um gegebenenfalls die nötigen Verbindungen vom Umland in die Stadt zu schaffen. Die Knappheit des Wohnraums, so die Mitarbeiter der Wärmestubb habe sich mit der Ankunft von Menschen aus der Ukraine deutlich verschärft. Leider, so Christine Steimer von der SAK, würden die verschiedenen nachsuchenden Gruppen auf dem Wohnungsmarkt gegeneinander ausgespielt, etwa deutsche Arbeitslose und ukrainische Kriegsflüchtlinge.

Die Schaffung von Wohnraum, so Tobias Mierzwiak, sei immer auch eine politische Entscheidung!

Was es brauche sei Zeit für ein Umfeldmanagement, als Voraussetzung dafür Geflüchtete auch im Umfeld von Neunkirchen unterbringen zu können.

Die SAK hatte auf die geplante Veranstaltung mit dem Innenministerium zum Thema Wohnen hingewiesen.

Entscheidend für die Wohnortwahl auf dem Land, so Michael Leinenbach, seien auch die Versorgung mit Kindereinrichtungen und Schule, sowie die medizinische Versorgung.

Die Delegation der Armutskonferenz bestand aus Michael Leinenbach (Vorsitzender), Manfred Klasen (Geschäftsführer), Christoph Jacob (Schatzmeister) und Christine Steimer (Kooptierte beim Vorstand).

[Text als PDF](#)



## Foto-Ausstellung: Auf Augenhöhe – Gesichter der Armut

Die Linken Frauen (Lisa – Saar)) hatten zu einem Gesprächsabend zum Thema Altersarmut von Frauen, mit der Fotoausstellung der SAK der AK und des Fotografen D'Angiolillo eingeladen. Die Armutskonferenz und insbesondere Portraitierte waren als Gesprächspartner eingeladen. Gute Diskussionen und interessante Gespräche.



**Die Saarländische #Armutskonferenz zu den bürokratischen Problemen mit dem #Familienzuschlag bzw. kinderbezogenen Leistungen, im Aktueller Bericht.**

Stellungnahme des SAK-Vorsitzenden, Michael Leinenbach. *Beitrag ab Min. 06:03*

<https://www.ardmediathek.de/video/aktueller-bericht/aktueller-bericht-30-03-2023/sr/Y3JpZDovL3NyLW9ubGluZS5kZS9BQl8xMjYyMzg>



## Teilnahme der SAK am Treffen des AKKS, am 29.03.23

Am 29.03.23 hatten der Vorsitzende der Saarländischen Armutskonferenz, Michael Leinenbach und der Geschäftsführer, Manfred Klasen auf Einladung am Treffen des Arbeitskreis Kindergeld und Sozialhilfe (AKKS)

teilgenommen.

Michael Leinenbach stellt die Historie und die Zusammenhänge zwischen dem AKKS und der SAK den neuen Kollegen\*innen im AKKS vor. Vereinbart wurde u.a. dass der AKKS und die SAK prüfen, wie die zukünftige Zusammenarbeit aussehen kann. Die SAK bot an, dass aus dem AKKS Mitglieder in den AGs der Armutskonferenz teilzunehmen können.

Konkret wurden von Seiten der SAK das Angebot gemacht an den Aktionen zum diesjährigen Weltarmutstag, am 17. Okt., teilzunehmen bzw. in dem Kontext selbst dazu eine Aktion oder Veranstaltung vor Ort anzubieten.

[Text als PDF](#)

## **Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion, am 28.03.2023**

Wie in jedem Jahr hatten sich Vertreter des Vorstandes der SAK mit Sozialpolitikern der CDU-Landtagsfraktion getroffen. Themen waren u.a. das neue Bürgergeld, ob es sich dabei eine Neuerung oder um Hartz V handelt und dass die Leistung deutlich zu gering bemessen ist. Bei der Kindergrundsicherung müsse dies deutlich besser geregelt werden. Hier spiele der Abbau von Bürokratie eine wichtige Rolle. Weitere Themen seien Wohnungslosigkeit und die Schaffung eines dritten, sozialen Arbeitsmarktes.

Von erheblicher Bedeutung, so SAK-Vorsitzender Michael Sperlich, im Gespräch, ist der Themenkomplex Armut und Gesundheit. Dazu müsse u.a. im nächsten Aktionsplan gegen Armut konkretes vereinbart werden. Die Versorgung Armutsbetroffener auf dem Land und in den Städten außerhalb der Landeshauptstadt, insbesondere ohne Krankenversicherungskarte sei in keinem Fall gesichert. Auch weil der Weg nach Saarbrücken nicht immer möglich und die Versorgung außerhalb der Regelversorgung nicht ausreiche. Beim Thema Armut und Gesundheit gehe es mitunter um Leben und Tod, so SAK-Geschäftsführer Manfred Klasen. Das vom Bund aufgebrachte Thema „Gesundheitskioske“ dürfe keine Billiglösung werden. Einen weiteren „Pflegestützpunkt“ brauche man nicht, so die SAK-Vorsitzender Michael Leinenbach. Notwendig für die gesundheitliche Versorgung seien Ansprechpartner\*innen in jedem Landkreis.

Für die CDU sprach Hermann Scharf das Thema verdeckte Armut an, was insbesondere auf dem Land ein relevantes Problem sei. Die SAK, so Vorsitzender Michael Leinenbach, sieht das ebenso und hat auf ihr Projekt „Arbeit auf dem Land ...“ hingewiesen. Der Focus auf die Landeshauptstadt beim Thema „Wohnungslosigkeit“ sei nicht ausreichend um das Problem zu erfassen.

Einig war man sich u.a. darin, dass die Wintercafes auch nach dem Winter fortgeführt werden müssten. Die Probleme der Armut seien mit dem Ende der kalten Jahreszeit nicht erledigt!

Die CDU will sich, so Hermann Scharf, mit einer Anfrage zum Thema Tafeln an die Landesregierung wenden.

Das Thema Stromsperren und Verfügungsfonds müsse neu organisiert werden, so SAK-Vorstandsmitglied Christoph Jacob, auf Anfrage der CDU. Derzeit würden die Mittel nicht ausgeschöpft. Weiterführende Informationen zum Thema gäbe es nicht.

Insgesamt, so SAK-Vorsitzender Michael Leinenbach, fehle es bundesweit aber auch lokal an Ressort übergreifendem denken und handeln. Das würde vieles leichter machen.

[Text als PDF](#)

## „Land und Leute“: Vom Bürgergeld leben



<https://www.sr-mediathek.de/index.php?seite=7&id=125894>

Audio | 26.03.2023 | Dauer: 00:25:00 | **SR 3** – Jimmy Both  
Hartz IV ist seit Januar Geschichte. Bürgergeld – so heißt das neue Arbeitslosengeld II. Wichtige Änderung: Das Bürgergeld bringt den Betroffenen mehr Geld. Doch wie viel bleibt bei Inflation und hohen Energiepreisen noch übrig?

Beitrag u.a mit Christoph Jacob und Michael Leinenbach, Saarländische Armutskonferenz e.V.  
**(\*\*\* TIPP \*\*\* ausgesprochen hörenswert!)**



### Treffen mit dem AKKS (Arbeitskreis Kindergeld und Sozialhilfe Saar)

„Familie zusammen führen“, sind wichtige Aufgaben. Auf dem Weg zu den Wurzeln der Saarländischen Armutskonferenz (SAK) gab es ein erstes Treffen mit Vertreter\*innen des AKKS. So konnte der Vorsitzende der SAK Martin Riotte und Cornelia Armbrorst-Winterhagen vom AKKS treffen.

*Zum Hintergrund:*

Auf Initiative der Sozialberatenden des AKKS wurde 1993 die saarländische Armutskonferenz gegründet, ein Zusammenschluss von Wohlfahrtverbänden und sozialen Initiativen, um die Situation benachteiligter Menschen in den Blickpunkt zu rücken und sich gemeinsam für Arbeitsfelder GWA – eine aktive Politik der Armutsbekämpfung einzusetzen.

Im Gespräch kamen sich alle Beteiligten überein, auch zukünftig wieder enger zusammen zu arbeiten.



# Armutskonferenz organisiert „Alternativen Spaziergang Saarlouis“

– Armut sichtbar machen –

Auf Wunsch der CDU Fraktion des Saarländischen Landtages wurde in Saarlouis, ähnlich wie bereits seit einigen Jahren in Saarbrücken, am 21.03.23 ein „**Alternativen Spaziergang Saarlouis**“ – **Armut sichtbar machen** – gemeinsam mit der Familienbildungsstätte Saarlouis organisiert.

Teilnehmer\*innen des Spaziergangs waren Marc Speicher (MdL), Alwin Theobald (MdL), Dagmar Heib (MdL), Bürgermeisterin Marion Jost (Kreisstadt Saarlouis), Christof Jakob (SAK), Frank Couck (SAK), Astrid Lambert (FBS), Franz Hechenblaikner (Diakon), Michael Leinenbach (SAK), Sandra Weiss (Caritas Saarlouis), Jan Bubel (Mitarbeiter der CDU Landtagsfraktion) und Julia Brill (Landkreis Saarlouis).

Die Gruppe traf sich am Eingang des Hauptbahnhofes. Dort wurde zunächst das Kreissozialamt aufgesucht um sich einen ersten Überblick über die Situation der Armut zu verschaffen. Die zweite Station war die OASE / Sozialbüro Christkönig. Von dort aus ging es zur dritten Station, dem Diakoniekaufhaus (Sozialkaufhaus) in Fraulautern. Der weitere Weg führte zurück zum Hauptbahnhof und um das dortige Jobcenter aufzusuchen. Die fünfte Anlaufstelle führte zum Donatuszentrum nach Roden ins dortige Café und Lädchen, in dem auch der Abschluss stattfand.

An den einzelnen Stationen konnten sich die Teilnehmenden einen guten Überblick über die Situation der Armut in Saarlouis verschaffen. Auch konnten die unterschiedlichen Aufgaben und das Zusammenwirken der Akteure im Feld der Armutsbekämpfung in Saarlouis kennen gelernt werden.

Die Saarländische Armutskonferenz bedankt sich an dieser Stelle recht herzlich bei allen Partnern und Kontakten, die den ersten „**Alternativen Spaziergang Saarlouis**“

– **Armut sichtbar machen** – in Saarlouis ermöglicht haben.

Die Gruppe kam sich überein, dass auch im nächsten Jahr der „**Alternative Spaziergang Saarlouis**“ – **Armut sichtbar machen** – wieder durchgeführt werden soll.



Presseerklärung: 20.03.2023

## Familienzuschlag bürokratielos auszahlen

Die Saarländische Armutskonferenz fordert gemeinsam mit dem Kinderschutzbund Saarland die Saarländische Landesregierung auf, sich für eine bürokratielose Auszahlung des Familienzuschlages bei der Bundesregierung einzusetzen.

„Wir verfügen als Gesellschaft über eine ausgebaute Sozialverwaltung der es eigentlich gelingen müsste, einen Familienzuschlag auch ohne weiteren Bürokratieaufbau und Antragswesen über die bestehenden

## **Sozialsysteme den Anspruchsberechtigten zukommen zu lassen“, so Michael Leinenbach, Vorsitzender der Saarländischen Armutskonferenz.**

Wenn Digitalisierung und Entbürokratisierung nicht nur Plattitüden sind, die gesungen werden, könnte die bereits bestehende Sozialverwaltung für die direkte Überweisung genutzt werden. Das „Kirchturmdenken“ zwischen den unterschiedlichen Behörden und Verwaltungen sollte beendet werden.

Statt Soziale Einrichtungen und Berater\*innen damit zu beschäftigen, die Anspruchsberechtigten in der Antragstellung zu unterstützen bzw. diese ihren Anspruch erklären zu lassen, könnte diese Zeit für wichtige pädagogische Aufgaben verwendet werden.

Die politisch Verantwortlichen hätte aus den Fehlern des Aufbaus des Bildungs- und Teilhabepaketes lernen können. Hier wurde eine neue Bürokratie zur Abwicklung der Umsetzung aufgebaut und somit zusätzliche Hürden geschaffen, die den Adressaten\*innen eine Teilhabe unnötig erschweren. Durch diese neue Barriere werden Leistungen entsprechend nicht voll ausgeschöpft bzw. abgerufen. Mit den dort für Bürokratie verwendeten Mitteln, hätten viele Familien direkt unterstützt und alle Kinder in Einrichtungen, Schulen und Kitas mit Essen versorgt werden können.

Es wird Zeit umzudenken.

## **SAK wird gestärkt**

Die Saarländische **#Armutskonferenz** (SAK) e.V. erhält in diesem Jahr eine Zuwendung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit, die es ihr ermöglicht, verstärkt die notwendige Aufgabe als „**#Lobby** für **#arme** Menschen im **#Saarland**“ wahrzunehmen.



## **SAK beim Kinderschutzbund**

*„Kinderschutzbund Saar und Saarländische Armutskonferenz werden sich nach einem Informationsaustausch zukünftig für die Belange der Kinder und Familien die in Armut leben oder von Armut betroffen sind, verstärkt gemeinsam einsetzen.“*



**SAK vor Ort!**



## SAK besucht AWO-Notschlafstelle

Die Saarländische Armutskonferenz (SAK) hat die AWO-Notschlafstelle in Saarbrücken-Malstatt besucht.

200 sozialhilfeberechtigte Menschen nutzen die Einrichtung jährlich, dazu nochmal 100 ohne Anspruch, meistens aus Osteuropa.

> Die Maßnahmen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit müssen immer auch mit Sozialarbeit verbunden sein. Gutes, aufschlussreiches Gespräch von Michael Leinenbach (SAK-Vorsitzender) und Manfred Klasen (SAK-Geschäftsführer) mit dem Leiter der AWO-Notschlafstelle Thorsten Lillig und dem AWO-Direktor Oliver Bungert.



Oliver Bungert (AWO), Thorsten Lillig (AWO), Michael Leinenbach (SAK) und Manfred Klasen (SAK)

Saarländische  Armutskonferenz

**PRESSEERKLÄRUNG:**  
**SAARBRÜCKEN, 15.02.2023**

## Die Preiskrise macht Armutsbetroffenen schwer zu schaffen

*\* Armutskonferenz sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Finanzierung von Lebensmitteln*

**.Die Lage ist ernst! Die Preiskrise macht insbesondere Armutsbetroffenen schwer zu schaffen, so Michael Leinenbach, Vorsitzender der Saarländischen Armutskonferenz.**

**In der Sitzung des erweiterten Vorstands der Armutskonferenz wurde die Entwicklung der Lebensmittelpreise stark thematisiert.**

Vielfach müssten Menschen im Sozialleistungsbezug, Kleinrentner\*innen, Geringverdiener\*innen, Auszubildende und Studierende spürbar bei Lebensmitteln sparen, was sehr belastend sei. Die Wohnungslosenhilfe gebe Lebensmittelpakete aus und ein Anwesender musste sein Abo für den ÖPNV kündigen, um sich weiter ausreichend Lebensmittel leisten zu können.

Etwas entspannter sei die Entwicklung bei den Heizkosten zu beurteilen. In einzelnen Fällen seien aber auch hier Verdoppelungen der Kosten erkennbar. Bei Strom seien Erhöhungen von 10% aber auch von nahezu 50% zu verzeichnen. Letztlich belasteten aber auch die zuletzt gestiegenen Bus und Bahnpreise die schmalen Budgets der armutsbetroffenen Menschen im Saarland. Zudem stiegen auch die Mietnebenkosten stark an.

Es bestehe dringender Handlungsbedarf, so die Armutskonferenz. Die Sozialleistungen müssten deutlich erhöht und der Inflation und den zusätzlich entstehenden Kosten angepasst werden. Das gleiche gelte u.a. auch für kleine Renten, Studierende, Auszubildende und Menschen mit geringen Arbeitseinkommen.

## **SAK besucht Bahnhofsmision**

Anfang Februar '23 hatte eine Delegation der SAK der Ökumenischen Bahnhofsmision in Saarbrücken einen Besuch abgestattet. Die Einrichtung ist ein niedrigschwelliger Treffpunkt, der insbesondere von kontaktsuchenden ärmeren Menschen aus Saarbrücken, Wohnungslosen und „Gestrandeten“ der Bahn genutzt wird. Es gibt einen warmen Raum, Kaffee und ein sogenanntes „Notbrot“. Ratsuchende werden an weitere Einrichtungen vermittelt. Ca. 1000 Menschen besuchen die Einrichtung, pro Monat. Die Arbeit wird im wesentlichen von Ehrenamtlichen geleistet. Die Bahnhofsmision ist auf Spenden angewiesen. Träger sind das Diakonische Werk und die Caritas.



## **Armut in Stadt und Land sichtbar machen**

### **\* Frauen im Lokalen Bündnis für Familie Saarlouis befassen sich mit dem Thema Armut im Saarland**



Auf Einladung der Frauen im Lokalen Bündnis für Familie Saarlouis berichteten Christoph Jacob (Finanzvorstand) und Michael Leinenbach (Vorsitzender) aus der Arbeit der Saarländische Armutskonferenz (SAK) e.V.

Hella Arweiler, Sprecherin der Frauen im Lokalen Bündnis für Familie Saarlouis begrüßte die Anwesenden und bedankte sich für die Bereitschaft über die Situation zu berichten.





Zunächst wurden die Aufgaben der SAK sowie deren Entstehung vorgestellt. Aus einem Forum von Projekten für Arbeitslose, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Sozialen Diensten entstand 1993 ein Forum, das sich gegen Armut auflehnte. Im Jahr 2002 wurde aus dem Mitgliederforum ein Klientelverein, der sich die Form eines eingetragenen Vereines gab, um Zuschüsse und Zuwendungen zu erhalten. Im Jahr 2011 wurde eine weitere Veränderung vorgenommen. Die Betroffenen wurden in die konkrete Arbeit eingebunden. Der SAK als Verein kümmert sich um die *Beratung und Bewertung der Entwicklung von Armut und Armutsbekämpfung im Saarland, die Förderung gemeinsamer Aktivitäten der beteiligten Mitglieder zur*

*Bekämpfung von Armut und ihrer Folgeerscheinungen, z.B. durch fachpolitische Foren, Hearings u.a. sowie die Formulierung gemeinsamer Stellungnahmen und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen mit dem Ziel, das Armutsproblem in der Öffentlichkeit bewusst zu machen.*

„Aktuell nehmen die Gruppen der von Armut Betroffenen stetig zu und konkurrieren um die knappen Ressourcen untereinander“, so der Vorsitzende der SAK Michael Leinenbach. Aus Rückmeldungen der Betroffenen aber auch von Organisationen der SAK muss festgestellt werden, dass Lebensmittel durch die Inflation aber auch durch Aufschläge der Händler\*innen oder Produzenten\*innen mittlerweile so verteuert sind, dass betroffene Familien, Einzelpersonen, Senioren\*innen und andere Gruppen an diesen sparen müssen und daher teils weniger einkaufen oder auf Billigprodukte, die teils ungesund sind, zurückgreifen müssen. Gleiches gelte für die Waren des täglichen Bedarfs. Tafeln kommen in die Situation, für den Sozialstaat Aufgaben in der Versorgung der Menschen zu übernehmen, die nicht der Haltung der Tafeln entsprechen. Tafeln retten Lebensmittel, um diese von Armut betroffenen Menschen zu helfen, sind aber keine Organe einer staatlichen Sozialpolitik.

Ein weiteres Thema bildet die Mobilität. Während die Länder und der Bund über das Deutschlandticket verhandeln, wurden Preiserhöhungen von den Versorgern durchgeführt.

Auch die Energiepreise bilden keinen Grund der Beruhigung. Nachdem mittlerweile die neuen Abschlags- bzw. Rückzahlungsbescheide eingegangen sind, konnte ein erster Überblick verschafft werden, so die SAK. „In einer Vielzahl von Bescheiden gibt es moderate Erhöhungen für Strom und Gas. Meistens sind dies die kommunalen Grundversorger.

Gleichzeitig sind Anbieter auf dem Markt, die nun extreme Zuschläge aufweisen“, so Christoph Jacob von der SAK. Gerade in den gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Sprachkompetenz unzureichend ist, wurden solche Verträge angeboten.

Diese Anbieter versenden teils keine schriftlichen Bescheide mehr.

Ein weiteres Problem sind die steigenden Mietpreise durch die Verknappung des Wohnraumes. „Der jahrelange Abbau von sozialem Wohnraum erzeugt in der aktuellen Krise eine Verknappung des Wohnraums, was zu stetig steigenden Preisen im Wohnungssektor führt, so dass immer mehr Gruppen von Betroffenen untereinander konkurrieren“, so Michael Leinenbach. Die Quadratmeterpreise sind in den letzten Monaten nach Erkenntnissen der SAK explodiert. Aufgrund fehlendem „sozialem Wohnraum“ gerät der gesamte Wohnraum in allen Ebenen unter Druck.

Die Summe der Preissteigerungen in den unterschiedlichen Bereichen des Lebens erzeugt bei den verschiedenen Gruppen der Betroffenen ein Ansteigen der Armut, erläutern die Vertreter des SAK. Die Unterstützungsmaßnahmen wie Strompreisbremse, Wohngeld, die Erhöhung des neuen Bürgergeldes um ca. 50 EURO machen diese Mehrausgaben nicht wett.

Am Ende der Veranstaltung wurde von den Anwesenden die Frage diskutiert, was diese tun können. „Wir müssen uns auch als Frauen in Saarlouis für die Betroffenen einsetzen und dabei helfen, diese in der Gesellschaft sichtbar zu machen“, so die Sprecherin Dr. Sabina Hartnack. Die Frauen im Lokalen Bündnis für Familie Saarlouis werden sich im laufenden Jahr verstärkt dem Thema Armut widmen und sich politisch für die Gruppen der Betroffenen einsetzen.

## **AK-FORUM „Schulische Bildung und Teilhabe in schwierigen Zeiten“**

**Montag, 13. Februar 2023**

17:30 Uhr – 20:00 Uhr

Großer Saal der Arbeitskammer  
Fritz-Dobisch-Str. 6-8  
66111 Saarbrücken  
Telefon: +49 (0)681 4005 - 467

U.a. mit Liliane Rosar-Ickler  
Stellvertretende Vorsitzende der GEW Saarland

<https://www.arbeitskammer.de/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltung/schulische-bildung-und-teilhabe-in-schwierigen-zeiten>

### **SAK: Zugang zu Personalausweis gefordert**

***SR, 05.02.2023, mit einer Stellungnahme des SAK-Vorsitzenden Michael Leinenbach***



<https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/regionalnachrichten/regionalnachrichten272094.html>

**PRESSEERKLÄRUNG:  
Saarbrücken, 01.02.2023**

**Die Saarländische Armutskonferenz (SAK) mahnt die Politik dringend an, allen Menschen den Zugang zu einem Personalausweis zu ermöglichen**

Die SAK unterstützt die Forderungen, dass Menschen - und ganz besonders den von Armut Betroffenen - bis zur rechtlichen Klärung der Fragestellung als Soziale Teilhabe, der problemlose Zugang zu einem gültigen

**Personalausweis bei vollständigem Verzicht auf Anschaffungsgebühren gewährt werden muss. Kommunen sollten dahingehend umgehend entsprechende Regelungen treffen.**

Vom Gesetzgeber erwartet die SAK darüber hinaus, dass dieser hierzu eine Regelung trifft, die dann tatsächlich allen Menschen den Zugang zur Sozialen Teilhabe ermöglicht – zu deren Voraussetzung ganz grundlegend ein Personalausweis gehört. Hierzu sollten soziale Einrichtungen und Träger ins Gesetzgebungsverfahren, sowie später in die Umsetzung eingebunden werden.

Ohne einen aktuell gültigen Personalausweis können grundlegende Menschenrechte in Deutschland nicht in Anspruch genommen werden, so können Menschen keine Wohnung anmieten, kein Konto eröffnen, keine Mitgliedschaft in eine Krankenkasse beantragen und vieles mehr. Auch Sozialleistungen können nur mit einem gültigen Ausweisdokument beantragt werden. „Das in einem Sozialstaat Menschen über keine Ausweisdokumente, aufgrund von Verwaltungsverfahren verfügen, ist für uns ein nicht haltbarer Zustand“, so der Michael Leinenbach, Vorsitzender der SAK. Diese Form der Ausgrenzung muss umgehend beendet werden.

Immer mehr Menschen können sich jedoch den Personalausweis einfach nicht mehr leisten: Nach Informationen sozialer Einrichtungen übersteigen die Kosten zur Anschaffung eines solchen Ausweisdokuments inzwischen - plus eines vorläufigen Ausweises plus der Anschaffung von technisch genormten Passbildern - die Marke von 50 Euro an Verwaltungsgebühren.

Und das stellt für immer mehr Menschen eine unüberwindbare Hürde dar. Aus Sicht der SAK ist dieser Zustand diskriminierend und nicht hinnehmbar. „Menschen, die über zu wenig Geld für dieses Dokument verfügen, werden damit noch einmal auf besondere Weise aus der Gesellschaft ausgeschlossen“, so der Vorsitzende der Saarländischen Armutskonferenz, Michael Leinenbach.

Auch berücksichtigt werden muss, dass nach Personalausweisgesetz –PausWG – in § 1 unter Bezug auf Artikel 116 des Grundgesetzes die Verpflichtung für Deutsche ab dem 16 Lebensjahr besteht, einen Personalausweis zu besitzen. Für Zuwiderhandlungen werden entsprechende Bußgelder festgeschrieben. „Der Sozialstaat ist aus der Verpflichtung des Grundgesetzes heraus zuständig allen Menschen die Möglichkeit zu bieten, den Verpflichtungen entsprechend nachzukommen“, so Michael Leinenbach. Auch aufgrund der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention (BRK) durch die Bundesrepublik Deutschland am 24.09.2009, sind Inklusion und Soziale Teilhabe Rechtsansprüche, die der Staat gewährleisten muss. Wenn Verwaltungsverfahrensvorschriften diesem Rechtsanspruch entgegenstehen, müssen diese in Frage gestellt und staatlicherseits überarbeitet werden.

## **SZ-Bericht mit Stellungnahmen von Michael Leinenbach, SAK-Vorsitzender und Manfred Klasen, SAK-Geschäftsführer**

**SAARLAND-NACHRICHTEN**  
Kommunen dürfen bald ausrangierte  
Feuerwehrautos an die Ukraine  
spenden. Seite B 3

# Saarland

**LUXEMBURG**  
Das Filmfestival „Luxembourg City  
Film Festival“ gibt ersten Vorge-  
schmack auf das Programm. Seite B 4

SAARBUECKER-ZEITUNG.DE/SAARLAND

## Armut steigt - Krise trifft viele Saarländer

Wärmestuben, Wintercafés und Tafeln haben im Saarland vermehrt Zulauf. Sie sind ein soziales Barometer, an dem sich die prekäre Situation vieler Menschen ablesen lässt. Um Armut zu verringern, fordert die Saarländische Armutskonferenz derweil von der Bundesregierung eine Erhöhung des neuen Bürgergeldes.

VON CHRISTOPH SCHREINER

**SAARBÜCKEN** Alles wird teurer, das Geld immer weniger wert: Viele können dies kompensieren, indem sie bei Anschaffungen oder Urlauben sparen. Bei anderen geht es zwar ans Eingemachte, aber nicht an die Existenz. Alle anderen aber – und dies sind laut dem 2021 erschienenen zweiten „Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland“ immerhin etwa 160 000 Menschen im Saarland – werden augenblicklich durch Inflation, explodierende Energiekosten und steigende Lebensmittelpreise elementar getroffen. Und dadurch gesellschaftlich noch weiter an den Rand gedrängt, als sie es ohnehin schon sind.

Anruf bei der Saarbrücker Tafel, einer von elf landesweiten „Tafeln“ und eines der untrüglichen sozialen Barometer für die aktuelle soziale Situation Betroffener. Mehr als 100 Haushalte hat die Saarbrücker Tafel kürzlich erst neu aufgenommen, musste nun aber erneut einen Aufnahmestopp verhängen, weil man personell am Limit ist. „Die Nachfrage ist schon 2022 größer geworden, jetzt hat sie aber nochmals zugenommen“, sagt Alexandra Moser, stellvertretende Vorsitzende der Saarbrücker Tafel. Jochen Brühl, Kopf des Dachverbands „Tafeln in Deutschland“, beziffert den bundesweiten Anstieg bei den Tafeln auf etwa 50 Prozent. Brühl wird nicht müde zu betonen, dass die etwa zwei Millionen Bedürftige unterstützenden Tafeln weder auffangen wollen, was der Staat nicht leistet, noch dass sie dies können.

Für den Vorsitzenden der Saarländischen Armutskonferenz, Michael Leinenbach, ist klar, was strukturelle Hilfe bedeuten würde: eine merkliche Erhöhung des Bürgergeldes



Auf der Straße zu landen, kann jedem und jeder schneller passieren, als man ahnt.

FOTO: MARCUS BRANDT/OPPA

(ehemals Hartz IV) „in der Höhe von 200 bis 400 Euro monatlich“. Leinenbach verweist auf entsprechende Berechnungen diverser Wohlfahrtsverbände. Die Parität etwa fordert einen „armutsfesten Regelsatz“ von 725 Euro. Tatsächlich beläuft er sich derzeit auf 502 Euro für Alleinstehende. Leinenbach lobt zwar die Akuthilfen des Landes – etwa die „Winteraktion Saar“, ein Maßnahmenpaket, das gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Trägern und engagierten Vereinen geschnürt wurde.

Er verweist aber auch auf ein chronisches Defizit der Landespolitik: den zuletzt völlig zum Erliegen gekommenen sozialen Wohnungsbau. Die SPD-Landesregierung will nun gegensteuern und pro Jahr 5000 Sozialwohnungen bauen. Zur Erinnerung: Schon vor fünf Jahren ermittelte die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung für Saarbrücken einen Mangel an 17 000 Wohnungen.

Wo Angebot und Nachfrage derart auseinanderklaffen, resultiert daraus „Wohnungsarmut“. Jüngsten Statistiken zufolge gibt es deutschlandweit 6,4 Millionen Betroffene. Was es konkret bedeutet, offenbart sich zu Pandemiezeiten: überbelegte Wohnungen, die keinerlei Rückzug bieten. Abhilfe schaffen

könnten nicht nur Neubauprojekte, sondern auch die Nutzbarmachung des Vorhandenen. Ein erster Schritt dahin wäre etwa die von der früheren CDU/SPD-Landesregierung in ihrem vollmundigen „2. Aktionsplan zur Armutsbekämpfung“ von 2020 angekündigte Leerstandstatistik. Helfen würde auch das dort seinerzeit offerierte Wohnraumför-

möglichst. Dies habe die Mobilität der Betroffenen gerade in ländlichen Gebieten verbessert – gesetzt den Fall, dass dort Busse fahren.

Anruf beim Diakonischen Werk in Neunkirchen, das landesweit drei Diakonie-Kaufhäuser für Bedürftige unterhält. Auch dort heißt es, dass die Nachfrage deutlich zugenommen hat. Auch Stromspar- oder Schuldnerberatungen würden verstärkt nachgefragt, so Stefanie Stein. Zulauf haben auch die vier Wintercafés der Diakonie, wo es jeden Mittag eine warme Suppe für einen Euro gibt – man will keine Armenpeisung betreiben.

Scham halte immer noch viele Menschen davon ab, das Angebot der Tafeln in Anspruch zu nehmen, erzählt Alexandra Moser von der Saarbrücker Tafel. Vor allem Rentner täten sich sehr schwer damit. „Die Rentner schaffen es, aus einem leeren Kühlschrank noch ein kaltes warmes Buffet zu zaubern.“ Vier in Saarbrücker Stadträumen aufgestellte Kühlschränke zur freien Verfügung Bedürftiger füllt die Initiative „Foodsharing“. Lebensmittel würden immer häufiger weitergereicht, meint Klaus Birkenberger von der Saarbrücker Wärmestube, einer von vier solcher landesweiten Anlaufstellen für Leute mit leerem Geldbeutel.

Zwischen 100 und 130 Personen kommen jeden Tag, so Birkenberger. Mehr und mehr auch Rentner. Nicht nur Mittagessen gibt es, man kann auch duschen und waschen. Alle Mitarbeiter der Saarbrücker Wärmestube lebten früher selbst mal auf der Straße. Man täusche sich nicht: Auf der Straße zu landen, kann jedem und jeder schneller passieren, als man ahnt.

EU-weit gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Zugrunde gelegt wird das sogenannte Nettoäquivalenz-Einkommen, das statistisch derzeit pro Kopf bei 1251 Euro monatlich liegt (im Saarland sind es 1108 Euro), während eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren im Wohlstandsland Deutschland ab einem Einkommen unter 31 520 Euro (2627 Euro monatlich) als gefährdet gilt. Als gesellschaftliche Gruppen sind dies namentlich Erwerbslose, Alleinerziehende, Migranten und Senioren. Bei Rentnern ist die Gefahr, in Armut abzurutschen, laut Armutsbericht erheblich gestiegen: 2020 gehörte schon jeder fünfte Senior im Saarland dazu. Ende des Monats, wenn viele ihre Nebenkostenabrechnung für 2022 erhalten werden, dürfte die Lage für viele Betroffene noch prekärer werden.

### REGIONALER LEITARTIKEL

#### Die Lobby der Armen ist klein

**W**eine Villa ist, ist auch ein Weg. Ein leider nur allzu wahrer Satz. Reichtum öffnet viele Türen, die anderen zeitweilig verschlossen bleiben. Als vergoldete soziale Randlage ist Reichtum meist noch viel unsichtbarer als Armut.

Vor einem halben Jahr hat die Landesregierung den zweiten, von ihr in Auftrag gegebenen „Armuts- und Reichtumsbericht“ publik gemacht. Eine 330 Seiten dicke Bestandsaufnahme der sozialen Verwerfungen. Das soziale Gefälle im Saarland ist zwar geringer als im Bundesschnitt. Die hohe Wohnverfügbarkeit ist stärker ab. Auch das Einkommensgefälle ist weniger eklatant (und unverschämter) als im Bundesschnitt. 131 „Einkommensmillionäre“ sollen 2017 im Saarland gelebt haben.

Dass es keine neueren Zahlen gibt, ist symptomatisch. Reiche, die protzenden Neureichen ausgenommen, lieben es meist, nicht aufzufallen. Die Politik tut ihnen diesen Gefallen nur allzu gerne. Bank- und Steuergeheimnis dienen insoweit auch der Verschleiерung einer sozialen Realität. Die wichtigste lautet, dass die Schere zwischen Arm und Reich größer wird, weil eine Art monetäres Naturgesetz walten. Es lautet: Die Rendite auf Kapital und damit die Vermögensungleichheit steigt verlässlich und stärker als die Einkommensungleichheit.

Jahr für Jahr in der kalten Jahreszeit rücken die Armen im Land vorübergehend in den Blick. Ihre Lobby ist klein, ihre Probleme sind gewaltig und oft chronisch. Zyniker kündigt ihr Los allenfalls des sozialen Friedens wegen. Die allermeisten leben unverschuldet ganz unten: Armut vererbt sich. Politisch für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen, ist eine ebenso langwierige wie komplexe Aufgabe. Es würde schon mal reichen, würde die SPD den drei Jahre alten Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland hervorkramen und abarbeiten.



CHRISTOPH SCHREINER

Zum vergrößern bitte rechte Maustaste drücken, Grafik in neuem Tab öffnen, +

**SR3** **Gesunde Lebensmittel bald mehrwertsteuerfrei?**

[https://www.sr.de/sr/sr3/themen/politik\\_wirtschaft/mehrwertsteuer\\_senkung\\_gesunde\\_lebensmittel\\_100.html](https://www.sr.de/sr/sr3/themen/politik_wirtschaft/mehrwertsteuer_senkung_gesunde_lebensmittel_100.html)

Interview mit dem Vorsitzenden der Saarländischen Armutskonferenz, Michael Leinenbach



## Saarländische Armutskonferenz

### **Position der SAK zum Vorschlag des Agrarminister Özdemir, gesunde Lebensmittel billiger zu machen**

#### **Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte "auf Null zu setzen"**

- grundsätzlich ist es sinnvoll, Gesundheit und Nachhaltigkeit zu fördern,
- der Vorschlag bezieht alle Bevölkerungsgruppen mit ein,
- der Vorschlag kann nicht als reine Maßnahme der Armutsbekämpfung gesehen werden,
- alle gesellschaftlichen Gruppen können, sollte der Vorschlag umgesetzt werden, davon profitieren,
- die Freiwilligkeit und das Wahlrecht diese Produkte zu kaufen obliegt der einzelnen Person,
- für die Menschen in Armut bzw. die von Armut betroffen sind, kann der Vorschlag die Mehrwertsteuer auf 0 zu setzen, unterstützend in der aktuellen Situation wirken.

**SZ\_2022-01-07\_Leitartikel-Energiesperren**

**„Deshalb fordere die Armutskonferenz von der Bundesregierung ein Gesetz für ein Verbot von Energiesperren“ !!!**

*Mit Stellungnahmen des SAK-Vorsitzenden, Michael Leinenbach*